

Feministischer Widerstand gegen Schwarz-Blau

Gundi Dick

Das Bestreben der FPÖVP-Regierung, eine eigenständige Frauenpolitik durch Familien- und Mütterpolitik zu ersetzen, stößt auf Widerstand. Feministinnen kämpfen gegen den politischen Backlash an. Kritik äußerten sie auch schon an vorangegangenen Regierungen. Es geht für Feministinnen aber auch um eine Sich-Behaupten in den »eigenen Reihen«, nämlich dann, wenn innerhalb des Mainstream-Widerstands Frauenbelange als Partikularinteressen abqualifiziert werden. Feministische Kämpfe haben Tradition und mehrere »Fronten«. Im Folgenden stelle ich als NGO-Vertreterin und als Aktivistin einige Reflexionen zum feministischen Widerstand an.

»Widerstand ist das Geheimnis des Glücks« steht auf dem blumigen knallrosa Transparent, das im Morgengrauen des 23. Mai 2000 vom Innsbrucker Triumphbogen herabgelassen wird. Innsbrucker Frauen haben es dort angebracht.

Eine Welle von Demonstrationen, Protestaktionen, Widerstandsaktivitäten, Kritik und Widerspruch hat das Land seit dem 4. Februar 2000 erfasst. Die blau-schwarze Regierung ruft Widerstand hervor, dem als treibende Kraft massive Kritik an den politischen Konzepten des Rechtsextremismus und Neoliberalismus zugrunde liegt und dem für Viele persönliches Unbehagen, Besorgnis, mitunter Angst angesichts der politischen Entwicklungen vorangeht. Die Widerständischen schaffen sich – neben allen Inhalten – eine politische Gegenkultur, die neue Formen in Bezug auf Politikmachen und Umgang untereinander versucht. Diese politische Kultur orientiert sich an gleichberechtigten Prinzipien, nichthierarchischen Strukturen, sie ist kaum institutionalisiert, hat eine von außen schwer durchschaubare Struktur und ist sprichwörtlich in Bewegung. Es ist mehr als politische Arbeit, die sich hier entfaltet hat, es geht um Lebensstil, um neue Identitäten, um neue Zugehörigkeiten, um Erfahrungen von Solidarität und um das Bemühen, sich freizudenken – vielleicht ist es das, was die Innsbrucker Frauen gemeint haben.

Widerstand – neu definiert

»Widerstand« – seit dem 4. Februar in außerparlamentarischen oppositionellen Zusammenhängen das am häufigsten verwendete Wort – steht für vieles, das sich gegen Blau-Schwarz richtet. Der Begriff löste alsbald Diskussionen aus und ist immer wieder umstritten. Widerstand ist dieser Tage ein Ausdruck für die Ablehnung der Regierung und für die fundamentale Opposition dazu – vorerst auch für

das beobachtende EU-Ausland. Die Verwendung des Begriffs und dass er noch ein Jahr später skandiert wird, stellt eine gemeinsame inhaltliche Klammer in der sonst heterogenen Bewegung dar und ist eine Kampfansage gegen die Gewöhnung an die politische Situation. So sehr er historisch mit antifaschistischen Widerstand verbunden ist, so hat er sich doch etabliert und neue Inhalte bekommen.

Bekanntes im Mainstream

Wenn sich Feministinnen innerhalb des Mainstream-Widerstands ein- und wiederfinden wollen, gelingt das nicht immer konfliktlos. Wie im »nicht-widerständischem« Leben auch, geht es um Präsenz, um Entscheidungs- und Mitsprachestrukturen und um Inhalte. Während der gezählten Male, an denen Feministinnen die Donnerstagsdemonstration anführten, kam es regelmäßig zu männlichen »Irritationen«, die die Führungsrolle der Frauen streitig machen wollen. Schwierig auch für Vertreterinnen von Frauenorganisationen, bei den Großkundgebungen am 11. November 99 und am 19. Februar 00 adäquat vertreten zu sein. Das explizite Einbringen von feministischen Inhalten setzt etwa in »traditionellen« Organisationen wie SOS-Mitmensch oder Demokratische Offensive aber auch in der »neuartig strukturierten« Donnerstagsdemonstration Überzeugungsarbeit voraus. Überzeugt werden muss davon, dass Frauendiskriminierung ein demokratisches Problem darstellt, dass Frauenrechte keine Einzelinteressen einer Minderheit sind und dass jedes politische Thema seine geschlechtsspezifische Seite hat. Marginalisierungstendenzen und Aufforderungen, für das »Allgemeine« zurückzustehen, sind erst recht für MigrantInnen und ihre Organisationen täglich Brot – mitunter auch innerhalb der feministischen Bewegung.

Der 4. Februar ist nicht die Stunde Null

Feministische Kritik an vorangegangenen Regierungen gab es schon vorher und die Schriftstellerin Marlene Streeruwitz hat auf ihre Frage an die oppositionsüberraschte SPÖ, warum sie den Frauen in den letzten 30 Jahren nicht das Paradies geschaffen habe, bis jetzt keine Antwort bekommen. Das ignorierte Frauenvolksbegehren, zwei einschneidende Sparpakete, eine verschärfte Migrationspolitik, ... in den 90er Jahren verdüsterte sich die Hälfte des politischen Himmels. Noch düsterer wurde es während der dreimonatigen Koalitionsverhandlungen im Herbst und Winter 99.

Im Dezember sahen Frauen aus autonomen Frauen- und Mädcheneinrichtungen Unerfreuliches heraufziehen. Der Vernetzung *Schlaflose Nächte* gehören österreichweit 180 Organisationen an. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine Infrastruktur, die von Frauenhäusern, Notrufen, Zeitschriften, Kultur- und Bildungseinrichtungen bis zu Beratungsstellen, von arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen und Migrantinnengruppen bis zu Frauenzentren und spezifischen Netzwerken reicht. Die Frauen-NGOs fordern – mittlerweile seit Jahrzehnten – längerfristige Verbindlichkeit in Bezug auf Finanzierung und gesetzliche Rahmenbedingungen, um ihre Existenz auf solidere Füße zu stellen.

Als nun im Zuge der monatelangen Koalitionsverhandlungen eine Zusammenlegung des Frauenministeriums mit dem Familienministerium drohte, besetzten

ein Dutzend Frauen das Büro der Frauenministerin um gegen die Zusammenlegung zu protestieren und die Absicherung der Fraueneinrichtungen zu fordern. Der militante Solidaritätsakt konnte nicht viel bewirken, kurze Zeit später am 4. Februar wurde das Büro der Frauenministerin gänzlich und ersatzlos geschlossen.

Die Tatsache, dass im Bereich der Frauenpolitik von den vorangegangenen Regierungen Vieles unverrichtet blieb, wirft für perspektivische Überlegungen die Frage auf, von welcher Partei denn eine emanzipatorische Frauenpolitik erwartet werden kann.

Gegen Rassismus und Sexismus

Trotz strahlend blauem Himmel und frühlinghaften Temperaturen war der 4. Februar mit seinem Faktum einer blauschwarzen Regierung erst recht ein düsterer Tag. Tausende fanden sich am Wiener Ballhausplatz ein, ließen ihr Pfeifkonzert und ihre Parolen über Stunden nicht verstummen und formierten sich zur ersten spontanen Demonstration, die über die Ringstraße zum Sozialministerium zog und es für kurze Zeit besetzte. Die einzige Genugtuung des Tages lag darin, dass die Regierungsrige durch die unterirdischen Gänge des Ballhausplatzes zur Angelobung in die Präsidentschaftskanzlei gelangen musste. Wiewohl ein dreireihiger Kordon von verummumten Polizisten die neue Regierung zu schützen versuchte. Die Frauenkundgebung, die für diesen Tag und dieselbe Zeit am Ballhausplatz angemeldet war, bekam auch gleich den neuen Geist zu verspüren. Sie wurde polizeilich untersagt, fand aber trotzdem statt. Ein neuer Geist – im positiven Sinn und von den Organisatorinnen so gewollt – lag auch im Ablauf der Kundgebung. Die Rednerinnen repräsentierten die Bandbreite von Frauen aus autonomen Einrichtungen, Vertreterinnen der kritischen Kirche, der oppositionellen Parteien, der Gewerkschaft und AK. Die Losung des Tages war: »Rassismus und Sexismus gehen Hand in Hand – so zeige es die Geschichte und so zeigen es Beispiele aus anderen Ländern.« Und als nicht weniger alarmierend wurde die Schließung des Frauenministeriums bewertet. Die Regierung, die an ihren Taten gemessen werden wollte, war eine Zumutung: »Rücktritt! Wir leisten Widerstand!«

Straßen und Plätze – Orte der Politik

Sowohl für den Mainstream-Widerstand als auch für den Feministischen Widerstand sind Straßen und Plätze wiederentdeckte Orte: die anfänglich täglichen, spontanen Demonstrationen, die dann in die donnerstäglichen Wandertage mündeten und mit thematisch fokussierten Demonstrationen ergänzt wurden, die Internet-Zeitschrift MUND (Medienunabhängiger Nachrichtendienst), die seither täglich gemailt wird, die zahllosen Web-Seiten ... Von Frauenseite kam es zur unmittelbaren Formierung des feministischen Widerstandsrates, der seither wöchentlich zusammentrifft, zu Aktivitäten der *Schlaflosen Nächte*, medialen Auftritten des UFF, Aktionen im und vor dem Parlament, es kam ab April zu monatlichen Frauenkundgebungen bei der steinernen Wächterin vor dem Burgtheater, zu Pressekonferenzen in unüblichen Zusammensetzungen, die den neuen Stil der stärkeren Zusammenarbeit der oppositionellen Frauen zeigen, Diskussionsveranstaltungen

im Bildungszentrum Frauenhetz, im Kulturzentrum Kosmos-Frauenraum ...

Erwähnenswert aus der Fülle der Ereignisse das Zusammentreffen der Frauen- und Mädcheneinrichtungen mit Sozialministerin Elisabeth Sickl. Am 19. April saßen 150 besorgte, zornige, fordernde Frauen einer reichlich unbedarften Ministerin gegenüber und schleuderten ihr den angestauten Unmut hin. Diese Demonstration der Geschlossenheit und der klar formulierten Forderungen nach einer emanzipatorischen Frauenpolitik, nach Erhalt der feministischen Infrastruktur und nach demokratisch geregelten Subventionsvergaben förderte sicherlich, dass Kürzungen zumindest aus der Frauensektion (die bis dahin dem Büro der Frauenministerin zugehörig war) in diesem Jahr verkraftbar ausfielen. Damit war allerdings nur ein kleiner Teil, nämlich 10% des benötigten Finanzvolumens der Frauen- und Mädcheneinrichtungen gesichert. Mit Ende des Jahres zeigte sich, dass die Frauengesundheitszentren in Innsbruck und Dornbirn den Betrieb einstellen mussten, dass die Mädchenschule Virginia Woolf in Wien ihre Pforten geschlossen hat, dass die Migrantinnenorganisation MAIZ in Linz und die Beratungsstelle Cassandra in Mödling mit »ungewöhnlichen Auflagen« konfrontiert wurden – die Kürzungen der anderen Ministerien waren da und dort schmerzlich, aber noch kompensierbar. Problematischer allerdings das Demokratieverständnis der FPÖ z. B. in Salzburg, wo am 1. März 2000 eine dringliche Anfrage an den Landtag erging, ob denn die, die hier demonstrierten, Subventionen bekämen und ob das zu rechtfertigen sei. »Die Hand, die dich füttert, beiße nicht« – ist die dumpfe Parole der FPÖ und Teilen der ÖVP. Für die NGOs eine inakzeptable Sicht ihrer Funktion, ihre große Mehrheit versteht sich weder als Ausführende einer Regierungspolitik, noch als Untertan gegenüber der öffentlichen Hand. NGOs verstehen sich vielmehr als Teil der Zivilgesellschaft, als gleichberechtigte AkteurInnen gemeinsam mit anderen InteressenvertreterInnen. Sie können soziale Missstände rascher und aus »erster« Hand wahrnehmen, sie sind imstande Kritik zu formulieren, Forderungen zu erheben und Konzepte zu erstellen, die die Gesellschaft weitertreiben können. NGOs sind Seismografinnen einer Gesellschaft und jede Politik ist gut beraten, die Auseinandersetzung mit ihnen einzugehen.

Frauen – Bündnisse – Politisierung

Dass, was in diesem Jahr so beeindruckend an Vernetzungen innerhalb der NGO-Community vorstatten ging, wurde in den vergangenen Jahren bereits vorbereitet. Frauen aus Einrichtungen und Projekten, aus autonomen Zusammenhängen, Oppositionsparteien, NGOs, kirchlichen und anderen Institutionen – überall war Vernetzungsarbeit geleistet worden. Die Angewiesenheit auf alle Kräfte der Opposition, der anfängliche Schock, das Heraufdämmern einer reaktionären Frauenpolitik stellte nun bisher Trennendes in den Hintergrund. Eine Politisierungswelle war in Gang gesetzt. Dazu kamen »unorganisierte« Frauen, die nun aktiv werden wollten.

Exemplarisch für Vernetzung sei der Verband feministischer Medien erwähnt, der von den Zeitschriften an.schläge, AUF, Der Apfel, female sequences, Frauen-solidarität, lila Schriften, Lesben-Frauen-Nachrichten und nylon gegründet wurde. Anlass war die drohende Streichung des ermäßigten Posttarifs für den Zeitschriftenversand. Diese Maßnahme stelle eine Attacke gegen eine feministische, lesbische mediale Öffentlichkeit dar, und der Verband feministischer Medien be-

gann mit Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und provokanten Aktionen sich dagegen zur Wehr zu setzen. Erfolglos: Nach einigen Verzögerungen ist nun ab 2001 der Zugang zu vergünstigten Postgebühren für Zeitschriften mit kleinerer Auflage verunmöglicht. Nie ist es das Geld allein: Die von der Post verlangte Herausgabe der Namen und Adressen von mindestens 1000 AbonnentInnen ist demokratiepolitisch äußerst bedenklich.

Bewegter Herbst

Ein Höhepunkt in der linksfeministischen Frauenpolitik war der zweitägige feministische Widerstandskongress. Gut 200 Frauen aus unterschiedlichen feministischen Projekten und Organisationen, darunter Mitarbeiterinnen der Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Frauen und Lesben der Autonomen Frauen/Lesben-Bewegung, Migrantinnen, Medienfrauen, Theologinnen, Juristinnen, freie Wissenschaftlerinnen, Studentinnen und einzelne Vertreterinnen von Oppositionsparteien kamen Anfang Oktober an der Universität Wien zusammen. Analysen der bisherigen Regierungspolitik und Planung von Aktionen war Zweck des Kongresses. Im Zentrum der Kritik standen die Budget-, Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik. Die geschlechtsspezifischen – d. h. für Frauen erheblich nachteiligeren – Auswirkungen der Budgetmaßnahmen aufzudecken, sowie Aktionen gegen die Nulldefizitpolitik zu betreiben, war ein Punkt. Eine Kampagne für AusländerInnenwahlrecht bei den Wiener Gemeinderatswahlen zu lancieren und SPÖ und Grüne zu einer integrativen MigratInnenpolitik zu bewegen war ein Weiteres. Geplant wurde der dienstägliche Frauenstreiktag, an dem die Frauen ermuntert werden sollen, frauenspezifische Versorgungsarbeiten auf ein Minimum zu reduzieren, ... Diese und andere konkrete Schritte zeichneten den feministischen Widerstandskongress aus, aber mehr noch, war dieses Ereignis eine Stärkung der Frauenbewegung und ein Zusammenrücken verschiedener Strömungen.

Eine Radikalisierung in der politischen Auseinandersetzung ist auf das ebenso radikalisierte Gegenteil, auf die Schwierigkeit, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen aber auch auf die vehemente Kritik der widerständigen Feministinnen zurückzuführen. Am 19. Oktober wurde die Bundesgeschäftsstelle des AMS in der Wiener Treustraße besetzt. Die Besetzerinnen kritisieren die restriktive Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Sie forderten die Ausgliederung der Bereiche Arbeitsrecht, ArbeitnehmerInnenschutz und Arbeitslosenversicherung aus der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen, eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen, einen Stopp der Zwangsvermittlung und selbstbestimmte Wahl von Ausbildung und Lohnarbeit. Die Forderungen wurden seitens des AMS natürlich nicht erfüllt, die Aktion wurde trotzdem zu einem Nadelstich. Nach zehn Stunden wurde die Besetzung freiwillig beendet und die Besetzerinnen tauchen unerkannt in die sich solidarisierende Donnerstagsdemo ein.

Öffentliche Veranstaltungen mit PolitikerInnenpräsenz werden gestört, dienstags wird der Streik geprobt, am internationalen Frauenmarsch im Oktober in Brüssel wird mitmarschiert, während der Aktion »Checkpoint Austria« Anfang Dezember blockieren Frauen die Gürtelstraße am Westbahnhof ...

Zusätzlich eröffnet sich eine neue politische Ebene: Das sind zum einen inter-

nationale Konferenzen, die ein Forum für Informationsaustausch, Solidarisierung und Kooperation bieten, da sind zum anderen internationale Abkommen wie z. B. die UN-Frauenkonvention (CEDAW), die bisher wenig von der Frauenbewegung genutzt wurde. Heuer wurde der periodisch zu erstellende CEDAW-Bericht der Regierung erstmals durch einen kritischen NGO-Schattenbericht ergänzt. Vertreterinnen der NGO *Frauenrechte – Menschenrechte* präsentieren den Bericht in New York. Die Empfehlungen des CEDAW-Komitees an die österreichische Regierung werden in der weiteren politischen Arbeit Verwendung finden, ebenso die seit Dezember 99 bestehende Möglichkeit, Individualbeschwerden von einzelnen Frauen oder Organisationen beim CEDAW-Komitee einzubringen.

Was kommt?

Die Regierung ist – trotz Widerstand und Protesten im Land und quasi Sanktionen der anderen EU-Mitgliedsstaaten – nicht zurückgetreten, manche prognostizieren sogar eine zweite Legislaturperiode, Neuwahlen sind nicht in Sicht und ohnehin fragwürdig, eventuelle positive Auswirkungen der Beobachtung der EU-Staaten sind nicht zu erwarten. Die Nulldefizit-Strategie wird die Zahl vor allem der ökonomisch armen Frauen erhöhen, die *Schlaflosen Nächte* befürchten, dass im kommenden Jahr ein Selektions- und Kürzungsszenario unter den Frauen- und Mädcheneinrichtungen einsetzen könnte, der Wahlkampf bei den Wiener Landtagswahlen wird von Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit geprägt sein. Die Regierung wird in ihrer Performance weiterhin auf simple Botschaften setzen und an demokratischen Prinzipien rütteln und vor allem den ökonomischen Umbau weitertreiben. Eine Regierung mit geänderter Parteienkonstellation ist keine zwingende Alternative, angesichts der Oppositionspolitik einer scheinbar gelähmten SPÖ, der staatstragenden Grünen mit zentralistischer Vaterfigur oder angesichts der rotgrünen Entwicklungen in Deutschland.

Zu befürchten ist, dass Frauenrechte weiter untergraben werden, nachdem zuerst das Frauenministerium abgeschafft, durch Mütter- und Familienpolitik ersetzt wurde, sodann ein Mann die frauenpolitischen Agenden übernahm und eine seiner ersten Taten die Ausrufung einer Abtreibungsdiskussion war, zu der es keinen Anlass und keine Notwendigkeit gab. Die Diskussion hat offensichtlich den Zweck, Selbstbestimmungsrechte von Frauen zu beschneiden.

Feministische Perspektiven

Eine Abwahl der Regierung ist sicher ein zu kurz gegriffenes Ziel, sie würde die anstehenden Probleme nicht lösen. Denn Österreich durchläuft eine neoliberale Entwicklung und liegt damit in einem weltweiten Trend, der schwer zu stoppen ist. Der feministische Widerstand wird bisher praktiziertes fortführen, verbreitern, seine Kräfte und Ressourcen einteilen, einen langen Atem haben müssen; er wird dezentral agieren, verschiedene und unterschiedliche Ziele verfolgen, wobei der Kampf gegen Rassismus und Sexismus im allgemeinen und der für ökonomische Existenzsicherung, demokratische Rechte für MigrantInnen, eine eigenständige Frauenpolitik, für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper im

konkreten Thema bleiben wird. Die Bewegung des feministischen Widerstands wird die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Regierungsschritten aufzeigen, wie es überhaupt wichtig sein wird, sich den Platz in öffentlichen Diskussionen, in den Medien, im Diskurs zu erstreiten. Um den Erhalt der bestehenden Infrastruktur der Frauen- und Mädchenrichtungen wird gekämpft werden, denn diese Einrichtungen sind zusätzlich zu ihren spezifischen Aufgaben auch politische Orte. Eine autonome feministische Perspektive beinhaltet das Bauen auf die eigene Bewegung und eigenen Kräfte und auf außerparlamentarische Opposition. Kooperationen und Bündnisse stehen weiterhin – mit realistischer Vorstellung über die Oppositionskraft von SPÖ und Grünen, von Gewerkschaft und AK – an und es wird darum gehen, deren Oppositionspotential einzufordern. Kooperationen mit Frauenorganisationen aus anderen Ländern werden fortgesetzt, denn Globalisierung geht auch unter den NGOs vor sich. Die Politisierung, die mit dieser Regierung in Gang gesetzt wurde, kann zukünftig nicht rückgängig gemacht werden. Demokratische Rechte, Frauenrechte, antidiskriminierende Gesetze – haben eine neue Resonanz erfahren, ihr Wert ist deutlicher denn je. In diesem feministischen Widerstand werden die Akteurinnen neben der politischen Arbeit ihre Gegenkultur auch pflegen, sich an ihr aufbauen und daraus Kraft beziehen – und immer wieder das Geheimnis des Glücks entdecken.

Anmerkung

Vernetzt und kooperativ entstand auch dieser Beitrag: Dank an die Gruppe des Feministischen Widerstandskongresses und an Anneliese Erdemgil-Brandstätter und Maria K. Moser für die Diskussionen.

Informationen & Kontakt

<http://www.frauenweb.at> (mit weiterführenden links)

<http://www.ceiberweiber.at>

<http://www.no.racism-net/MUND>

zum feministischen Widerstandskongresse unter:
feministischerwiderstandskongress@frauenweb.at

zu Dienstag Frauenstreik unter: frauenstreik@gmx.at

zur Vernetzung *Schlaflose Nächte* unter:
gundi.dick@univie.ac.at bzw. anne.erdbbrand@newsclub.at

zum Verband der Feministischen Medien:
 c/o an.schläge, Hetzgasse 42/1, 1030 Wien – an.schlaege@chello.at

zur UN-Frauenkonvention (CEDAW – Convention for the Elimination of Discrimination against Women) unter: frauen-rechtsschutz@itp.at

zum feministischen Widerstand in Salzburg unter: frauenwiderstand@horus.at